

DIE LINKE. *im Rat*

September 2006 Nr. 3

Zeitung der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal

**Golfplatz
Scharpenacken?**
S. 2

**Bündnis für
Familien** S. 2

Zoogaststätten
S. 3

**Rückwirkende
Geheimhaltung**
S. 4

**50 Jahre
KPD-Verbot**
S. 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf einer Sondersitzung des Stadtrates am 25. September 2006 wird eine Entscheidung getroffen, die uns alle angeht. Die Ratsmitglieder sind aufgerufen, über eine **Neustrukturierung der Wuppertaler Stadtwerke AG** zu beschließen.

Ab dem nächsten Jahr sollen die Stadtwerke als „Holding“ geführt werden, unter deren Dach die Bereiche Verkehr, Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) und Versorgung in Form von GmbHs selbständig fortgeführt werden sollen.

Ursprünglich waren nicht nur alle diese Sparten unter einem Dach. Alle Mitarbeiter waren unmittelbar bei den Wuppertaler Stadtwerken beschäftigt. Seit den neunziger Jahren begann die Stadt, den Betrieb neu zu strukturieren. 1999 wurde die AWG ins Leben gerufen, die die frühere städtische Müllabfuhr, das Müllheizkraftwerk und die Recyclinghöfe umfasst. Im Bereich Verkehr wurde die Verkehrsservice GmbH gegründet, die inzwischen fast ein Viertel der Busfahrer im Wuppertaler Linienbusverkehr stellt. Die Stadtwerke halten 90 % an der VSG, überdies 25 % an ELBA-Reisen und seit 2003 knapp die Hälfte an dem Velberter Busunternehmen Gerda Klingenuß, deren Fahrer zusammen noch einmal mehr als ein Viertel des Buslinienverkehrs bestreiten. Grund für diese Auslagerung ist, dass diese Busfahrer nicht zum

besseren städtischen Tarif bezahlt werden. *Erinnert sei zudem noch an den Verkauf der Städtischen Kliniken an Helios. Der jetzt geplante und demnächst beschlossene „Umbau“ der Wuppertaler Stadtwerke ist im Zusammenhang mit dieser neoliberalen Privatisierungswelle zu sehen.*

Versorgung und Verkehr sind nicht nur allgemein, sondern auch vom Ertrag her gesehen zwei unterschiedliche Bereiche. Im Versorgungsbereich machen die Stadtwerke Gewinn, der Verkehrsbereich ist defizitär. Aus den Gewinnen in der Versorgung werden die Verluste des Bus- und vor allem des Schwebebahnbetriebs gedeckt.

Schon vor vier Jahren hatten vor allem der Stromkonzern RWE und mit einem kleineren Teil die luxemburgische Cegedel zusammen 25,1 % der WSW-Anteile gekauft, und zwar ausdrücklich in der Sparte Versorgung. Im Geschäftsjahr 2005 wurden 8,6 Mio. Euro Dividende an diese privaten Teilhaber ausgezahlt. RWE hat also ein ausgeprägtes unternehmerisches Interesse an der Versorgungssparte der WSW, das durch die Aufspaltung noch stärker befriedigt werden kann. Die WSW-Kunden werden dieses Interesse in Form weiter steigender Preise und sich verschlechternder Leistungen zu spüren bekommen.

Für den Verkehrsbereich ist auch nichts Gutes zu erwarten: Die Ausgleichs-

Aufspaltung der Stadtwerke birgt Risiken

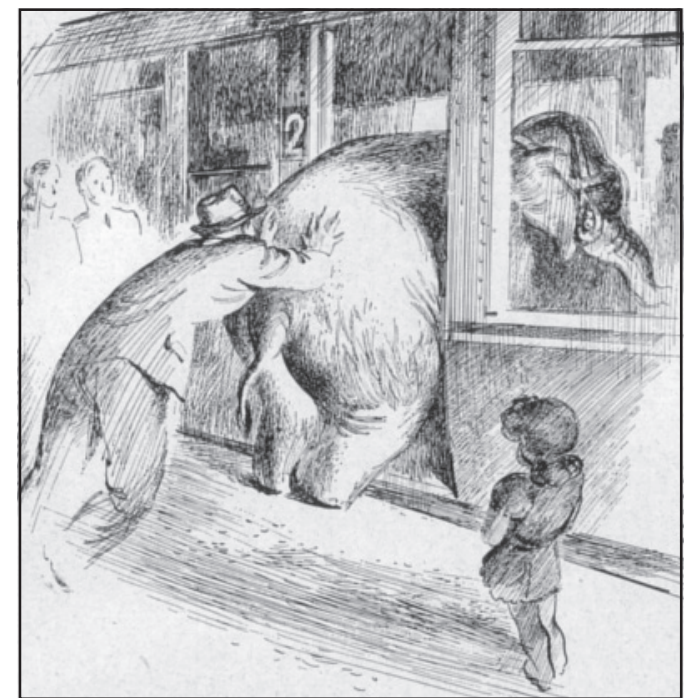
Wäre die jetzt geplante Neuausrichtung der Stadtwerke zwei Jahre vorher erfolgt, so hätte das schon früher fatale Auswirkungen gehabt.

Mehr als fünfzig Jahre lang konnten die Verluste der Wuppertaler Stadtwerke im Bereich Verkehr mit den Gewinnen im Bereich Verkehr gedeckt werden. Noch garantiert die Stadt im Rahmen des Konsortialvertrags aus dem Jahr 2002 eine Rücklage in Höhe von 20 Mio. Euro. Sollte nach der Quersubventionierung (Versorgung an Verkehr) und Auszahlung der Dividenden an die priva-

ten Anteilseigner die Rücklage unter 20 Mio. sinken, ist die Stadt verpflichtet nachzuschließen. 2005 kassierten RWE und Cegedel 8,6 Mio. Euro. Trotz eigentlich guten Geschäftsverlaufs mussten 6 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen werden, um nach dem Abkassieren der Privaten den Verkehr ausreichend zu subventionieren zu können. Die Situation wird sich nach der Zerschlagung der WSW AG weiter zuspitzen. Die Verkehrsgesellschaft wird mit ihrem Etat auskommen müssen; aufgrund entfallender Steuervorteile bei der Abspaltung werden 3,5 Mio. Euro zur Subventionierung fehlen. Zusammen mit den 6 Mio. aus der Rücklage, auf die in Zukunft es nicht mehr möglich sein wird zurückzugreifen, sind das fast 10 Millionen.

zahlungen aus dem Versorgungsbereich werden geringer, und die neugegründete Verkehrs-GmbH soll mit einem vorher festgelegten Zuschuss von der Stadt auskommen. Die Gesellschaft wird ihre Leistungen diesen Gegebenheiten anpassen müssen. Wer die Haushaltslage der Stadt kennt, weiß, dass dieser Zuschuss kaum sehr hoch sein dürfte. Anpassung bedeutet dann also: geringere Taktzeiten im ÖPNV, Fahrpreiserhöhungen und Streichung von Linien. Aber auch auf die MitarbeiterInnen wird es Auswirkungen geben. Man wird Entgeltensenkungen und Streichung von Sozialleistungen zu erwarten haben. Die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge dürfen nicht der Profitlogik unterworfen werden. Statt Zerschlagung der WSW: Rückkauf der Anteile, damit die WSW wieder zu 100 % städtischer Besitz werden, was wegen der Vertragsverletzung der RWE möglich wäre.

Elisabeth August
Elke von der Beeck
Gerd-Peter Zielezinski



Bei steigenden Fahrpreisen fällt es den WSW immer schwerer, Fahrgäste zu gewinnen

So geht's auch

In Münster haben die Bürger am 16. Juni 2002 durch einen Bürgerentscheid den den vom Stadtrat bereits beschlossenen Teilverkauf ihrer Stadtwerke verhindert. Die Mehrheit war klar: 65,4 % stimmten dafür, die Stadtwerke zu 100 Prozent in kommunaler Hand zu belassen, 34,6 % dagegen. Das erforderliche Quorum nach § 26 der Gemeindeordnung von 20 % der stimmberechtigten Einwohner wurde damit erreicht.

Möglich war dies trotz einer Materialschlacht von CDU und FDP, die in Münster die Mehrheit im Rat hatten und haben. Der Etat der Bürgerinitiative war klein, aber das Engagement gegen die Privatisierung war groß. Vor allem die Münsteraner Busfahrer sollen sich dabei hervorgetan haben. Unterstützt wurde die Initiative auch von Ortsvereinen der SPD, den Grünen, der PDS und der Gewerkschaft ver.di.

In Kürze Baumschutzsatzung

Seit dem 1. Juli 2006 gilt die Wuppertaler Baumschutzsatzung nicht mehr.



Seitdem dürfen Bäume auch mit mehr als 80 cm Stammumfang ohne Genehmigung gefällt werden. Die Linkspartei.PDS-Fraktion und die Grünen hatten im Rat gegen die Abschaffung der Satzung gestimmt und

Truppenübungsplatz Scharpenacken Golfplatz oder Naturerlebnis-Gebiet ?

Seit einigen Jahren, nachdem die Bundeswehr den Standort Wuppertal geräumt hat, harrt der ehemalige Truppenübungsplatz Scharpenacken einer neuen Nutzung. Es liegt auf der Hand, dass das Gelände so genutzt wird, wie es schon immer an Wochenenden geschehen ist, auch zu der Zeit, als die Bundeswehr dort noch ihre Schießübungen veranstaltet hat, nämlich als für jedermann zugängliches Naherholungsgebiet.

Im Rahmen des „Landschaftsplanes Ost“ wurde das 250 Hektar große Areal zum Landschaftsschutzgebiet erklärt, damit seine Eigenarten erhalten bleiben. Das reicht eigentlich noch nicht, denn es gibt



dort einige wertvolle Biotope, die einen höheren Schutzstatus erfordern. Vor allem muss gewährleistet werden, dass dort nicht, wie so häufig am Wuppertaler Stadtrand, eine weitere Golfanlage entsteht. Bereits zwei Golf-Clubs haben ihr Interesse angemeldet und eine Änderung des Flächennutzungsplans gefordert.

Die Ratsfraktion der Linkspartei.PDS hat in der Ratssitzung vom 19. Juni 2006 den Antrag gestellt, der Rat möge beschließen, dass die Anlage eines Golfplatzes auf diesem Gebiet ausgeschlossen und ferner die Fortgeltung des Flächennutzungsplans bekräftigt wird. Als Alternative schlug unsere Ratsfraktion vor, die Stadt solle das Projekt „Wuppertaler Naturerbe Scharpenacker Bäche“ des Team Wuppertal der „Sielmanns Natur-Ranger Deutschland e.V.“ unterstützen.

Dieser Plan beinhaltet die Nutzung der sich übrigens immer noch im Besitz der Bundeswehr befindlichen Fläche einerseits als Freizeitgelände zum Spaziergehen u.ä., andererseits als „Mini-Nationalpark“ mit Parkzentrum und verschiedenen Naturerlebnispfaden. Wer mehr darüber wissen will, kann im Internet nachsehen auf der Homepage der „Natur-Ranger“ (www.scharpenacken.de). Unser Antrag wurde nicht beschlossen, allerdings sicherte die Stadtverwaltung auf unseren Antrag hin zu, das Areal als Erholungs- und Naturraum für die Wuppertaler Bevölkerung zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Die Anlage eines Golfplatzes stehe nicht zur Debatte.

Nazis am Döppersberg

Seit dem Sommer rotten sich regelmäßig meist jugendliche Neonazis am Döppersberg zusammen und belästigen und bedrohen ihnen missliebige andere Jugendliche. Eine diesbezügliche Anfrage unserer Fraktion in der Ratssitzung vom 11.9.06 fand Aufmerksamkeit und wird hoffentlich zu Konsequenzen führen.

Wuppertaler Bündnis für Familien: ohne Konsequenz

Mit einem Antrag der CDU, aus dem ein Ratsbeschluss wurde, kam der Stein ins Rollen: Familienfreundlicher soll unser Wuppertal werden. Dazu wurde im Mai ein „Lokales Bündnis für Familien“ gegründet. Die Verbesserung der Kinderbetreuung steht dabei im Mittelpunkt aller Bemühungen, obwohl eine familienfreundliche Stadt noch viel mehr ausmacht. Nur ist das schwer ohne zusätzliche Ausgaben zu machen. Die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt wurden grade auch auf diesem Gebiet gekürzt, ohne dass es massive Proteste der Stadtverwaltung gab.

Anzusetzen wäre bei der Verbesserung der Betreuung von Kindern im Alter von unter drei Jahren, wo es eine massive Unterversorgung gibt.

Spezielle Integrationsangebote für MigrantInnenfamilien zu schaffen, ist nicht in den Maßnahmenkatalog aufgenommen worden. Gerade diesen Familien kann durch gezielte Fördermaßnahmen geholfen werden, ihre Chancen in Schule, Berufsausbildung und bei der Arbeitsplatzsuche wesentlich zu verbessern.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte für Mütter, Väter und Menschen, die Familienangehörige pflegen, hergestellt werden. Um das zu ermöglichen, ist ein ganzer Komplex von Maßnahmen nötig, angefangen mit einer radikalen Umverteilung von Steuergeldern. Dazu muss die Familienpolitik erheblich aufgewertet werden. Und das nicht nur im kommunalen Bereich.

Ist das wirklich der politische Wille der CDU? Oder doch nur ein Lippenbekenntnis?

**Öffnungszeiten der
Geschäftsstelle der Fraktion im
Rathaus Barmen, Johannes-Rau-Platz 1,
2. Etage, Zi. 242
Montag - Donnerstag 10-17 Uhr
Freitag 10-14 Uhr**

sich an der Unterschriftensammlung der „Stadtbaum-Freunde“ beteiligt.

GS Wilkhausstraße / Haselrain

Nach Schließung der Grundschule Wilkhausstraße zum Schuljahresbeginn müssen die Schüler nun den recht weiten und gefährlichen Weg zur Grundschule Haselrain zurücklegen. In der Ratssitzung am 11.9.2006 beantragte die Fraktion der Linkspartei.PDS die Einrichtung eines Schulbusverkehrs für die Grundschüler. Unser Stadtverordneter Gerd-Peter Zielezinski übernahm die mündliche Begründung.

Der Antrag wurde von einer überwältigenden Mehrheit der Stadtverordneten für erledigt erklärt, ohne dass es zu einer Debatte gekommen wäre. Das war sicherlich auch deshalb möglich, weil diese Ratssitzung praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Es war kein Druck da.

Hat die ARGE zu viel Geld?

Die Wuppertaler ARGE gibt 5 Mio. zurück

Anfang September wurde gemeldet, dass die Arbeitsgemeinschaft aus Stadt und Agentur für Arbeit zur Betreuung von Hartz-IV-EmpfängerInnen (ARGE) Gelder, die eigentlich als sog. Eingliederungsmittel vorgesehen und bewilligt waren, zurückgibt. Als Begründung gab die ARGE an, sie wolle die Fördergelder „nicht für aus ihrer Sicht sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen ausgeben“.

Das hört sich gut an, lässt aber doch einige Fragen offen. Zunächst einmal erweckt die Meldung den Eindruck, als handele es sich um die ureigene Idee und Erkenntnis der Wuppertaler ARGE. Das ist aber keineswegs der Fall. Vielmehr ist die Rückgabe des Geldes auf eine Aufforderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfolgt, die am 28.7.2006 als Rundbrief an alle ARGEN und Agenturen für Arbeit ergangen ist. In einem zweiten Schreiben vom 18.8.2006 wird die Summe sogar spe-

zifiziert, die die Wuppertaler zum Zwecke der Umverteilung herausrücken sollen, nämlich 5.040.000 Euro. Dieser Betrag war allerdings in den Haushalt der ARGE eingestellt worden, weil er für die Eingliederung arbeitsloser Hilfeempfänger verwendet werden sollte. Wieso ist das, was noch im vorigen Jahr als notwendig erachtet wurde, jetzt überflüssig? Dr. Stefan Kühn, Sozialdezernent, macht zu späte Zuteilung durch den Bund dafür verantwortlich und dass manchmal Förderprojekte erst verspätet starten konnten. Doch hat er am 15. August in der Sitzung des ARGE-Beirats und am 31. August im Sozialausschuss versichert, alle der ARGE zur Verfügung stehenden Gelder würden hier auch ausgegeben werden, zu Nutz und Frommen der hiesigen Bedürftigen. Kein Cent werde zurückgegeben.

Hoffen wir, dass seine Mühen künftig mehr Erfolg haben und das Geld in Wuppertal bleiben kann, wo es gebraucht wird.

Gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums!

Resolution des Kommunalpolitischen Forums NRW

Die folgende Resolution wurde bei einer Mitgliederversammlung zur Wiedergründung des Kommunalpolitischen Forums NRW am 13.5.2006 in Dortmund von den über 30 anwesenden VertreterInnen linker Rats- und Kreistagsfraktionen und -gruppen, darunter auch ein Vertreter aus Wuppertal, bei einer Gegenstimme verabschiedet.

CDU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag schon vor knapp einem Jahr auf eine Reform der Gemeindeordnung verständigt. Was dort als „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ und Schaffung eines „größtmöglichen Maßes an Freiheit für Kommunen“ daherkommt, ist inzwischen in den eigenen Reihen der Koalition heftig umstritten. Die Landesregierung musste die geplante Zeitschiene aufgeben, so dass bis heute immer noch kein Gesetzentwurf vorliegt. Was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, ist jedoch in vielen Punkten Grund genug zum Widerstand.

So will Schwarz-Gelb die Rechte der Oberbürgermeister/innen und Landrät/innen durch eine Verlängerung der Wahlperioden auf acht Jahre stärken. Dadurch würde die Verwaltungsspitze von den politischen Mehrheitsverhältnissen abgekoppelt. Überlegungen zur Veränderung der verfassungsrechtlichen Stellung von Oberbürgermeister/innen und Landrät/innen gehen bis zur Abschaffung der „Allzuständigkeit“ des Rates. Selbst in den Koalitionsparteien wird befürchtet, dass dadurch „Sonnenkönige“ geschaffen werden.

Schwarz-Gelb will die Kommunen auf die „Kernaufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge“ beschränken und den Druck zur Privatisierung kommunaler Aufgaben erhöhen. Die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Landkreise soll durch eine Ausweitung des erst in den 90er Jahren gelockerten Wirtschaftsverbotes wieder auf einen „dringenden öffentlichen Zweck“ beschränkt werden (§107 Gemeindeordnung NRW). „Private Leistungserbringung“ soll ausdrücklich Vorrang vor „öffentlicher Leistungserbringung“ erhalten.

Auch wenn inzwischen von einem „Bestandsschutz“ für bestehende kommunale Unternehmen die Rede ist: Schon bei der Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wäre der Streit vorprogrammiert, ob es sich hier um eine

Aufgabe der Daseinsvorsorge handelt oder nicht. Da es für Aufgaben, die mit Gewinn zu machen sind, immer Privatfirmen geben wird, ist abzusehen, dass die Kommunen auf die Bereiche beschränkt werden sollen, in denen Private keinen Profit machen können oder wollen. Damit würde auch die Verschuldung der Kommunen gesetzmäßig vorangetrieben.

Bei der Abfallentsorgung will Schwarz-Gelb die „Wettbewerbsorientierung“ stärken. Auch dabei geht es darum, die Möglichkeiten zur Abfallentsorgung durch Private zu erweitern. Entfällt die Konkurrenz der öffentlichen Entsorger, werden die privaten Müllkonzerne ihre Profite leichter über höhere Gebühren und europaweiten Mülltourismus erhöhen können. Die gerade in NRW starke Monopolisierung der Müllwirtschaft wird gestärkt.

Im Rahmen einer Gemeindefinanzreform will Schwarz-Gelb die Gewerbesteuer „ersetzen“ - womit, steht nicht im Koalitionsvertrag. Offensichtlich sollen Konzerne und Banken weiter entlastet werden.

Schwarz-Gelb will zwar einen „Ratsbürgerentscheid“ einführen, d. h. die Möglichkeit der Übertragung von Entscheidungen auf die Bevölkerung. Von einer Verbesserung der Möglichkeiten für Bürgerbegehren und -entscheide ist jedoch keine Rede. Gleichzeitig soll der Zugang zu Ratsmandaten wieder erschwert werden, was wir ablehnen.

Das Kommunalpolitische Forum lehnt diese Veränderungen der Gemeindeordnung ab.

Wir sind für eine Stärkung der demokratischen Rechte der Einwohner/innen, der Räte, Kreistage und Bezirksvertretungen gegenüber der Verwaltung und für die Herabsetzung des Quorums für Bürgerbegehren und -entscheide.

Wir fordern die Einführung einer verbindlichen Bürgerbeteiligung bei Haushaltsentscheidungen.

Wir treten für den Erhalt und gegebenenfalls die Ausweitung öffentlichen Eigentums ein. Ebenso, wie wir uns gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Zusammenhang mit der EU-Politik wenden, lehnen wir die Privatisierung von Bundes-, Landes- und Kommunaleigentum, das zur öffentlichen Daseinsvorsorge unerlässlich ist, ab. Kommunen müssen selbst wirtschaften dürfen. Kommunale Unternehmen müssen sich entwickeln können.

Wir sind für die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen und für eine Reform der Gewerbesteuer, die sie wieder zu einem wirksamen Instrument macht. Konzerne und Banken dürfen sich nicht aus der Verantwortung für die örtliche Entwicklung stehlen.

Wir sind dafür, die Möglichkeiten des Landes bzw. der Regierungspräsidien, Kommunen unter Haushaltskuratel zu stellen, zu streichen. Gleichzeitig müssen die Kommunen als „Dritte Säule“ gegenüber Bund und Ländern gestärkt werden.

Wir sind dafür, die Mindestgröße von Fraktionen wie früher auf zwei Rats- oder Kreistagsmitglieder zurückzuführen, und treten für die Stärkung der demokratischen Wahlmöglichkeiten durch die Einführung von „Kumulieren“ und „Panaschieren“ im Kommunalwahlgesetz ein.

Das Kommunalpolitische Forum will die Diskussion zur Frage der Verwaltungsstrukturreform der „mittleren Ebene“ zwischen dem Land auf der einen und den Städten und Gemeinden auf der anderen Seite organisieren. Die Aufgaben der vom Land eingesetzten Regierungspräsidien müssen von demokratisch, „von unten“ eingesetzten Regionalverbänden übernommen werden. Sie müssen Planungshoheiten erhalten.

LEG-Verkauf

Vom geplanten Verkauf der LEG-Wohnungen durch das Land an private Investoren sind in Wuppertal ca. 1250 Wohnungen betroffen. Solche Investoren haben an den Wohnungen kein anderes Interesse als möglichst hohen Gewinn daraus zu ziehen. In vielen Städten haben sich Initiativen gegen den Verkauf gebildet, die u.a. Unterschriften sammeln. Falls 66000 Unterschriften zusammenkommen, muss sich der Landtag mit den Verkaufsplänen befassen.

Brücke Emilienstraße

Seit dem 9. Mai 2006 ist die Brücke in der Nähe des Barmer Bahnhofs auch für Fußgänger gesperrt, und das für wenigstens ein Jahr. Die Stadtwerke haben ein Anrufsammel-Taxi eingerichtet, das zum Preis von 2,30 Euro (Monatskarteninhaber und Kinder 1,75 Euro) Fahrgäste von der Haltestelle Siegestraße (die im Moment nicht von der Linie 628 angefahren wird) zum gut 100 Meter Luftlinie entfernten Barmer Bahnhof bringt. Für Monats-ticket-Inhaber kostet die Fahrt immer noch stolze 1,75 Euro. Das Angebot wird wohl nicht viel genutzt werden, obwohl der Umweg für die Anwohner, die die Barmer Innenstadt zu Fuß erreichen wollen, gewaltig ist.



Zoo-Gaststätten

Im Sommer wurden, zunächst nur vorübergehend, die Zoo-Gaststätten wegen Baufälligkeit geschlossen. Dass die Stadt mit ihren Immobilien nicht gerade sorgfältig umgeht, das zu behaupten wäre zu platt. In diesem konkreten Fall trifft das aber fraglos zu. Während vor dreißig Jahren die Zoofestsäle eine be-

zur Regionale die Gaststätten als Problemfall auffällig wurden, das wäre sicher nicht nötig gewesen. Seit Jahrzehnten berichtet die Presse immer wieder von Schäden an dem Gebäude, und die Zoofestsäle können bekanntlich schon seit langem nicht mehr genutzt werden.



liebte Adresse für große Feierlichkeiten und Versammlungen aller Art war, kann heute nur noch der Raum für den Gastbetrieb genutzt werden. Dieser Raum hat den Charme einer Kantine der sechziger Jahre. Dass nun ausgerechnet

Dem Gebäudemanagement wird das wohl kaum verborgen geblieben sein. Bleibt zu hoffen, dass die Stadt sehr bald eine Einigung mit dem Pächter finden wird, die dem Zoo zu einem auf beiden Seiten angemessenen Eingangsbereich verhilft.

Rückwirkende Geheimhaltung

Oberbürgermeister verweigerte Einsicht in Wortprotokoll von öffentlicher Ratssitzung

Seit 1950 vergibt die Stadt Wuppertal jährlich einen Kulturpreis. Benannt ist der Preis nach dem Bankier und Kunstsammler Eduard von der Heydt (1882-1964), seit 1952 Ehrenbürger der Stadt.

Als der Rat 1957 den schon seit 1950 vergebenen „Wuppertaler Kulturpreis“ nach ihm benannte, war durchaus bekannt, dass Eduard von der Heydt von seinem Schweizer Wohnort in das Naziregime verstrickt war, nicht nur als frühes Mitglied der Auslands-NSDAP, sondern auch als wichtiger Helfer des NS-Regimes beim Handel mit dem Ausland. Man kann das auch als normales Handeln eines gewinnorientierten Bürgers betrachten, der sich dem „Zeitgeist“ anpasste, aber vorbildlich war von der

Heydts Handeln jedenfalls nicht.

In der Ratssitzung vom 3.4.2006 beantragte die Linkspartei in Übereinstimmung mit vielen anderen Wuppertalern, darunter der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, die Umbenennung des Preises in Else-Lasker-Schüler-Preis. Der Antrag wurde abgelehnt.

Einige Tage später aber kam es noch toller: Die Stadtverordnete Elke von der Beeck, Mitglied im Kuratorium Eduard-von-der-Heydt-Preis, die unseren Antrag in der Ratssitzung mündlich begründet hatte, erhielt einen Brief von Oberbürgermeister Peter Jung. In diesem Brief fordert Jung Frau von der Beeck auf, aus dem Kuratorium auszutreten, da sie in der fraglichen An-

tragsbegründung unhaltbare, ja „maßlose“ Äußerungen getan habe.

An dergleichen konnten wir uns aber nicht erinnern. Also bemühten wir uns um das Tonbandprotokoll der Debatte. Und als ob das alles noch nicht genug wäre, verweigerte der Oberbürgermeister uns das Abhören des Protokolls, und zwar mit der Begründung, die Stadtverordneten könnten nicht mehr unbefangenen debattieren, wenn nachher nachgeprüft werden könne, was sie gesagt hätten. Wohl gemerkt: Es handelt sich hier um eine öffentliche Ratssitzung mit Zuhörern und Presse!

Die Juristin und Stadtverordnete der Linkspartei Elisabeth August schreibt dazu: „Das heißt aber nun nichts anderes, als eine wirkliche Öffentlichkeit der Ratssitzungen abzuschaf-

fen. Protokolle sind dazu da, den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu geben, sich von den Stellungnahmen ihrer gewählten Ratsmitglieder ein Bild zu verschaffen. Nicht zuletzt das jetzt auch in NRW vorhandene Informationsfreiheitsgesetz gibt ein solches Recht, sich aus Akten und Unterlagen - zu denen auch Protokolle gehören - zu informieren.“ Letzten Endes hat der Oberbürgermeister etwas Weisheit gezeigt und nachgegeben, wohl um

es nicht auf einen Rechtsstreit ankommen zu lassen. Anrühiges war in dem Protokoll jedenfalls nicht zu finden.

Ob nun Else-Lasker-Schüler-Preis oder Kulturpreis der Stadt Wuppertal, eine Umbenennung des Preises ist angebracht.

Und wir müssen darauf achten, dass die Rechte der WählerInnen, sich über den Inhalt von Ratssitzungen zu informieren, nicht unterlaufen werden.

Eine lehrreiche Episode!

DIE LINKE. PDS Fraktion der offenen Liste der Linkspartei Wuppertal

Ausstellung

Otto Pankok (1893-1966)
Bekannte und unbekannt
Wuppertaler

Portraitzeichnungen

27.11. - 22.12.2006 im Lichthof des Rathauses

Rückblick

Vor fünfzig Jahren: Verbot der KPD

Am 17. August 1956 sprach das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, fast fünf Jahre nach dem entsprechenden Antrag der Bundesregierung, sein Urteil im Verbotsprozess gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Nur elf Jahre waren vergangen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges war die Bundesrepublik Deutschland damit neben den damals von den faschistischen Diktatoren Salazar und Franco regierten Ländern Portugal und Spanien seinerzeit das einzige Land in Europa, in dem die Kommunistische Partei verboten war.

Schon seit 1950 galt für Kommunisten und all diejenigen, die der Staat dafür hielt, ein Berufsverbot für den gesamten öffentlichen Dienst. Davon betroffen waren auch die Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

1951, noch bevor der Verbotsantrag gegen die Partei gestellt wurde, erfolgte ein Verbot der im Exil gegründeten Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ).

Mit dem Verbot der FDJ und anderer Organisationen, die

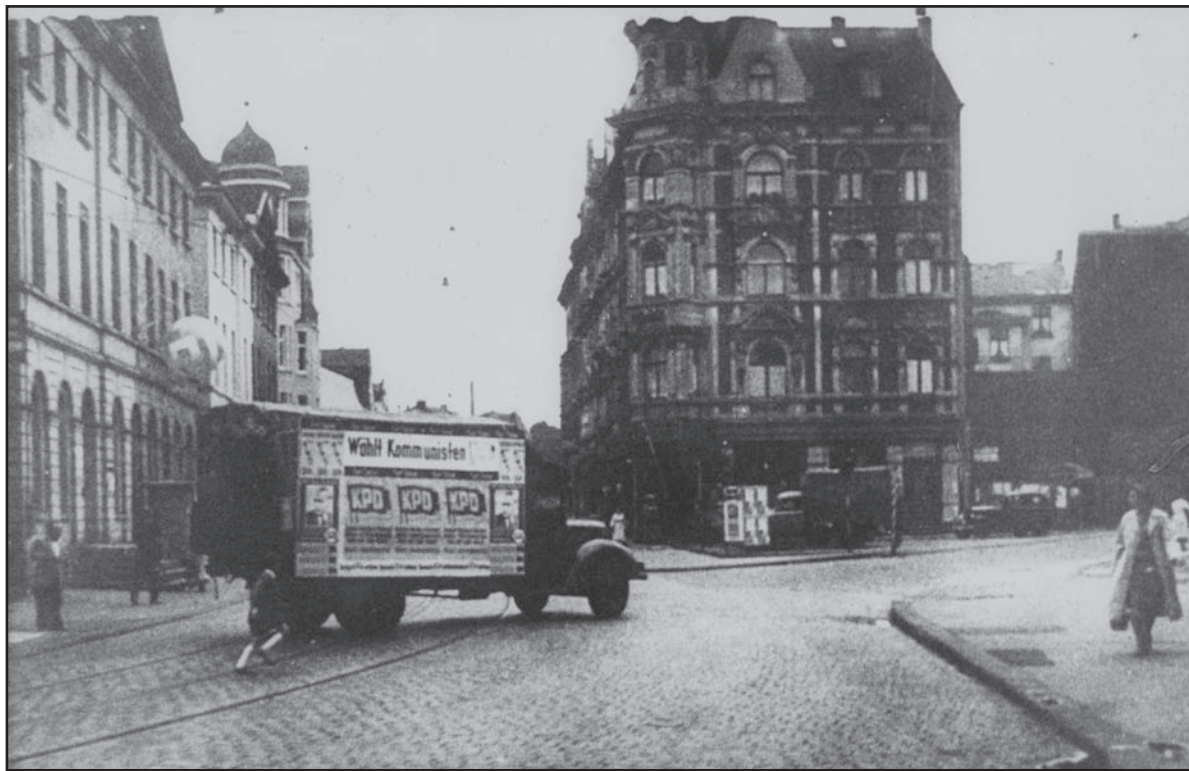
dem KPD-Umfeld zugerechnet wurden, hatte die Regierung zunächst einmal erreicht, was sie erreichen wollte: Einschüchterung der Linken in der Zeit, in der die Wiederbewaffnung durchgezogen werden sollte. Das Verbot war nicht so eilig, zumal die KPD ja gerade erst, 1945, von den Alliierten lizenziert worden war.

1954 fühlte man sich stark genug. Durch den Verbots-

Adenauer beschied den Generalbundesanwalt, den Prozess zu Ende zu bringen, was dann auch geschah. Für Wuppertal bedeutete das die Auflösung des Parteibüros am Haspel (Haspeler Str. 253; siehe Abbildung), des Büros der Parteizeitung „Freies Volk“ in der Ernststraße 10 sowie die Beschlagnahme sämtlicher

Durchsuchungen allerdings fand die Polizei nach eigenen Angaben „kaum noch sicherzustellendes Material“, wie die „Westdeutsche Rundschau“ vom 18.8.1956 schrieb.

Den vier Stadtverordneten im Rat der Stadt Wuppertal, Paul Bender, Heinrich Stichnoth, Willi Spicher und Grete Thiele, wurde das Mandat aberkannt. Zwölf Jahre dauerte die



Friedrich-Engels-Allee / Wittensteinstraße 1953

druck war die KPD ohnehin geschwächt, seit 1953 auch nicht mehr im Bundestag vertreten, allerdings noch in einigen Landtagen sowie in zahlreichen Kommunalparlamenten.

Möbel, Geräte und Materialien; ferner die Durchsuchung der Wohnungen zahlreicher Parteimitglieder, z.T. auch Festnahmen und Verurteilung zu Gefängnisstrafen. Bei den

Abschiebung der westdeutschen Kommunisten in die Illegalität mit all ihren negativen Folgen und Begleiterscheinungen wie Vorladungen, Haftstrafen, polizeili-

Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 5636677
E-mail: ratsfraktion@pds.wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Bettina Granitzki, Ulrich Heck, Gerd-Peter Zielezinski
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 20000
Redaktionsschluss: 12.9.2006
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

cher Meldepflicht und anderen Schikanen. Manche konnten sich der Verfolgung durch vorübergehende Flucht in die DDR entziehen. Erst die Gründung und Zulassung der DKP unter Bundesjustizminister Gustav Heinemann im Jahr 1968 machte diesem Zustand ein Ende.

Doch noch immer hat das Urteil Bestand, und der Staat hat weiter die Möglichkeit, im Bedarfsfall zur Repression linker Bestrebungen auf Inhalt und Tenor des Urteils zurückzugreifen. Damit Deutschland nicht weiter das einzige Land in Europa mit rechtskräftigem KP-Verbot ist, sollte das Urteil endlich aufgehoben werden.